

Vorentwurf des Zwischenberichts  
der Bundesregierung zur Umsetzung des  
Dritten Nationalen Aktionsplans 2021-2023  
im Rahmen der Teilnahme an der  
Open Government Partnership

**Inhaltsverzeichnis**

Einleitung.....	2
Der Dritte Nationale Aktionsplan .....	2
Entwicklungen bei Open Government seit Verabschiedung des Dritten Nationalen Aktionsplans .....	2
Die Verpflichtungen.....	7
Meilensteine und Monitoring .....	10
Ausblick .....	11
Abkürzungsverzeichnis .....	11

## Einleitung

Am 26. September 2021 wurden in Deutschland Bundestagswahlen abgehalten. Die Koalitionsparteien bekennen sich im Koalitionsvertrag über die 20. Legislaturperiode zu offenem Regierungshandeln und zur Teilnahme Deutschlands an der OGP:

- ✓ Wir wollen durch mehr Transparenz unsere Demokratie stärken. Uns leiten die Prinzipien offenen Regierungshandelns – Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit.
- ✓ Wir wollen die Nationalen Aktionspläne im Rahmen der Open Government Partnership (OGP) Deutschlands umsetzen und weiterentwickeln.

**Bundeskanzler Olaf Scholz** beim Civil 7 (C7) Summit 2022 am 5. Mai 2022 in Berlin im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft:

“Wer Wandel voranbringen will, der sollte mit denen zusammenarbeiten, die für Wandel stehen. Oft sind das genau die Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaften.“

## Der Dritte Nationale Aktionsplan

Dieser Zwischenbericht ist Teil des verpflichtenden Berichtswesens im Rahmen der Teilnahme an der Open Government Partnership (OGP). Der Dritte Nationale Aktionsplan (3. NAP) 2021-2023 wurde am 30. Juni 2021 von der vorherigen Bundesregierung verabschiedet. Er enthält neun Verpflichtungen des Bundes, zwei unter Beteiligung von Ländern und Bund und drei in alleiniger Zuständigkeit von Ländern.

Den Volltext des 3. NAP, seiner Verpflichtungen und die Umsetzungsstände der einzelnen Meilensteine finden Sie unter [www.open-government-deutschland.de](http://www.open-government-deutschland.de).

## Entwicklungen bei Open Government seit Verabschiedung des Dritten Nationalen Aktionsplans

- Das KanzlerGESPRÄCH ist eine neue Reihe von Bürgerdialogen vor Ort in allen Bundesländern. 90 Minuten hat der Bundeskanzler Zeit für die Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Alle Fragen können gestellt werden. Der Bundeskanzler möchte wissen, was die Menschen bewegt und was ihre Anliegen an die Politik sind.



Foto der Bundesregierung, KanzlerGESPRÄCH am 11. Juli 2022 in Lübeck

- Deutschland gibt sich erstmals eine **Nationale Sicherheitsstrategie**. Sie wird nicht hinter verschlossenen Türen erstellt, sondern in einem gemeinsamen und inklusiven Prozess mit der Öffentlichkeit sowie Expertinnen und Experten bereits zu einem frühen Entstehungsstadium auch unter Beteiligung von Bundesministerin Baerbock persönlich diskutiert. Dazu hat das Auswärtige Amt einen umfassenden Dialogprozess aufgelegt, der an sieben grenznahen bzw. mit wichtigen Themen der Nationalen Sicherheitsstrategie lokal in Bezug stehenden Orten in ganz Deutschland Bürgerdialog-Veranstaltungen umfasste. Die dabei entwickelten Vorschläge für denkbare Inhalte und Ziele dieser Strategie haben Bürgerinnen und Bürger aus allen sieben Orten am 11. Aug. 2022 dann in einem Szenario-Workshop (sog. Open Situation Room) mit Fachexpertinnen und -experten diskutiert und konkrete Vorschläge erarbeitet. Die Auswahl der Bürgerinnen und Bürger erfolgte über die lokalen Einwohnermeldeämter und bildete einen repräsentativen Querschnitt der jeweiligen Einwohnerstrukturen vor Ort ab.
- **"Demokratie lädt ein"**: Am 20. und 21. August konnten sich die Bürgerinnen und Bürger aus erster Hand über die Arbeit der Bundesregierung informieren und Orte besichtigen, die sonst nicht öffentlich zugänglich sind. Das Wochenende stand für das Bundeskanzleramt, die Bundesministerien und das Bundespresamt ganz im Zeichen des Tages der offenen Tür.
- Der **IdeenLauf** ist die zentrale Mitmachaktion im Wissenschaftsjahr 2022 – Nachgefragt!. Von Januar bis April wurden alle Bürgerinnen und Bürger dazu aufgefordert, ihre Fragen für die Wissenschaft zu stellen – insgesamt reichten sie über 14.000 Fragen ein. Im Anschluss werden diese durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie

Bürgerinnen und Bürger diskutiert und bearbeitet. So entsteht ein Pool von Ideen – als Anregung und Impuls für Wissenschaft und Politik.

- **Onlinedialog Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK):** Mit dem ANK sollen Ökosysteme gestärkt und Klimaschutz mit Naturschutz verbunden werden. Eine Vielzahl von Maßnahmen sorgt dafür, dass geschädigte Ökosysteme wieder gesund, widerstandsfähig und vielfältig werden. Mit dem Dialog stellt das BMUV das Aktionsprogramm auf eine breite gesellschaftliche Basis. Dazu wurden auf einer digitalen Auftaktveranstaltung am 05. September 2022 diverse Stakeholder und Verbände über den Start des Beteiligungsprozesses und den politischen Hintergrund informiert. Die Auftaktveranstaltung läutete den Beginn der sechswöchigen Online-Beteiligung zum ANK bis zum 28. Oktober 2022 ein. Stakeholder und die interessierte Öffentlichkeit konnten das Programm kommentieren und neue Ideen einbringen.  
(Link: <https://www.bmuv.de/WS6906> )  
Der Prozess ist gerade erst gestartet, vor der Kabinettdebatte erfolgt eine Aktualisierung.
- **Bürgerinnen- und Bürgerratschlag Nachhaltige Ernährung:** Im Mittelpunkt des Dialogprozesses steht die Durchführung einer Bürgerwerkstatt, die vom 13. bis zum 15. Mai 2022 in Kassel stattgefunden hat. Unterstützt von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern entwickelten die knapp 60 zufällig ausgewählten Teilnehmenden gemeinsam konkrete Ideen und innovative Lösungsvorschläge für die politische Förderung einer nachhaltigen, pflanzenbasierten Ernährung. In der auf die Bürgerwerkstatt folgenden Erprobungsphase wird ein Teil der Vorschläge auf ihre Alltagstauglichkeit hin geprüft. Einige Personen aus der Bürgerwerkstatt erproben in dieser Phase ihre entwickelten Maßnahmen. (Link: <https://www.bmuv.de/WS6833> )
- Das Kompetenzzentrum Open Data hat mit entsprechenden **Fachforen** zu Themen rund um Rechtssicherheit, Lizenzen und Standardisierung die Zusammenarbeit zwischen Bund und Länder im Kontext Open Data stärken können.
- Die Freie und Hansestadt Hamburg realisiert mit dem **Projekt „Bürgerbeteiligung und Information“** ein Projekt, das als Ziel die Entwicklung einer nachnutzbaren Softwarelösung zur Bereitstellung von Planwerken im Internet und zur Beteiligung der Öffentlichkeit und Träger öffentlicher Belange an Planverfahren hat. Die letzten 12 Monate waren unter anderem geprägt von der erfolgreichen Abnahme des ersten Meilensteins durch das BMI, dem Onboarding der Entwicklungspartner sowie dem Bereitstellen einer Zusammenarbeitsplattform. Des Weiteren wurden bereits erste Softwarekomponenten erfolgreich auf der Open-Code-Plattform zur Verfügung gestellt und es wurde eine Testinfrastruktur für die Entwicklung der Software in Betrieb genommen. Für die Kommunikation mit Fremdsystemen wurde der XBeteiligung-Standard erarbeitet und in Finalisierung gegeben.

## Internationales

- Der europäische OGP-Teilnehmerstaat **Ukraine** wurde am 24. Februar 2022 von Russland überfallen. Die Ukraine befand sich zu dem Zeitpunkt auf einem mühsamen, aber zielgerichteten Reformkurs. Nicht nur was die Digitalisierung der Verwaltung angeht, sondern auch in Sachen Open Government waren in den letzten Jahren viele Erfolge zu verzeichnen. Besondere internationale Prominenz bekam das Projekt *ProZorro*, das die öffentliche Auftragsvergabe in der Ukraine transparent und nachvollziehbar machte, ein Projekt, das international wegweisend ist. Während sich das Land und seine Bevölkerung gegen den brutalen Angriffskrieg und die Besetzung vieler Teile des Südostens wehrt, planen zentrale Stakeholder bereits einen möglichen Wiederaufbau – und denken dabei Open Government als Leitprinzip mit (siehe u.a. <https://www.rise.org.ua/#principles> und <https://www.opengovpartnership.org/stories/ukraines-inspiring-journey-in-the-open-government-partnership/> ).
- Unter deutscher G7-Präsidentschaft fand vom 25. bis 28. Juni der G7-Gipfel in Elmau statt. Die G7 sendeten mit den diesjährigen Partnerländern Indonesien, Indien, Senegal, Südafrika und Argentinien auch ein gemeinsames Signal für Stärkung resilienter Demokratien. Im „Resilient Democracy Statement“ bekennen sich die Staats- und Regierungschefs unter anderem dazu, offene und pluralistische zivilgesellschaftliche Räume sowie einen offenen Diskurs zu schützen und zu fördern. Während der deutschen G7-Präsidentschaft führt Bundeskanzler Scholz sowie die Bundesregierung einen umfassenden Dialog mit der Zivilgesellschaft. Es finden Treffen mit Repräsentanten der Wissenschaften, der Wirtschaft und Gewerkschaften, von Frauen und Jugendlichen sowie mit Nichtregierungsorganisationen und Think Tanks aus den G7-Staaten statt. Es wurden sieben G7 Engagement Gruppen Prozesse mandatiert: Business7, Labour7, Science7, Think7, Women7 und Youth7. Die inhaltliche Ausgestaltung der unabhängigen Dialogprozesse liegt vollständig in den Händen der jeweiligen Gruppen.
- Deutschland hat sich erfolgreich erneut um einen Sitz im **Lenkungsausschuss** der OGP beworben. Die erste Amtszeit in dem Gremium war geprägt von einem für die Open-Government-Gemeinde verheerenden, aber demokratischen Richtungswechsel in Ecuador, dem gemeinsamen Engagement für kleinere OGP-Regelreformen und von einem OGP-Summit in Südkorea. Dieser fand wegen der Covid19-Pandemie fast ausschließlich digital und im Anschluss an den *Summit for Democracy* der US-Regierung statt.
- Am 11. und 12. Oktober lud die Regierung Italiens zum **Europe Regional Meeting** der OGP ein, das sich mit Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit im Kontext europäischer Herausforderungen beschäftigt. Neben einer hochrangigen Eröffnung sollen sich viele Diskussionsformate und Workshops beispielsweise mit **XYZ** beschäftigen. Wie in der OGP üblich, nehmen an der kleinen Konferenz Regierungen und Zivilgesellschaft gleichermaßen teil – und außerdem Teilnehmende des OGP Local Program aus ganz Europa. **Vor der Kabinettbefassung erfolgt eine Aktualisierung.**
- Am 13. und 14. Oktober 2022 tagte der **OGP-Lenkungsausschuss** in Rom/Italien, um den Zwischenstand des im Frühjahr angelaufenen Strategieprozesses zu diskutieren. Die OGP möchte sich etwa 10 Jahre nach Gründung für die Zukunft wappnen und nimmt ihre eigenen Spielregeln, die Wirkweise ihrer Mechanismen und den politischen Rückhalt auf die Agenda der zu diskutierenden Themen. Deutschland steht dem ankommenden Vorsitzland Estland zur Seite, wenn es um substantielle Reformen geht.

### **Hamburg und Detmold nehmen am Local Program der OGP teil!**

Die OGP bietet seit einigen Jahren die Möglichkeit, direkt und unabhängig von den jeweiligen nationalen Bemühungen an einem „Local Program“ teilzunehmen. Dieses steht weltweit allen Landes- und Kommunalverwaltungen aus OGP-Teilnehmerstaaten offen. Ziel des Programms ist es, Erkenntnisse über Open Government aus der Ebene unterhalb der National- bzw. Bundesebene zu gewinnen und diese stärker in den internationalen Austausch einzubetten.

Beim aktuellen Bewertungsauftrag der OGP, der Mitte März 2022 endete, bewarben sich mit der Stadt Detmold und der Freien und Hansestadt Hamburg erstmals und sogleich erfolgreich zwei deutsche Teilnehmer.

Detmold beabsichtigt, gemeinsam mit der Stadtgesellschaft einen Nachhaltigkeitsindex auf Nachbarschaftsebene aufzustellen und die Indikatoren und deren Kennzahlen als Open Data zu veröffentlichen. Ende September tragen die Menschen in Detmold deshalb in einer Online-Beteiligung zusammen, welche Nachhaltigkeitsdaten sie sich über ihre Nachbarschaften wünschen. Auf dieser Grundlage erarbeiten dann am 15.11.2022 Akteure der organisierten Stadtgesellschaft (Steuerungsgruppe) gemeinsam mit der Stadt Detmold den Aktionsplan. In einem partizipativen, iterativen Prozess und mit Unterstützung des Institut für Designstrategien der Technischen Hochschule Ostwestfalen-Lippe entsteht so bis 2025 ein Nachhaltigkeitsindex auf Nachbarschaftsebene. Unter <https://wechange.de/project/ogp-local-detmold/> können Interessierte die Entwicklung des Projektes transparent mitverfolgen.

Hamburg wird durch Stärkung der digitalen Souveränität und verbesserten Zugang zu kommunalen Daten den gleichwertigen Zugang zu Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger verbessern.

Weitere Informationen zu den beiden Bewerbungen erhalten Sie bei der Stadt Detmold bzw. der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg.

## Die Verpflichtungen

### **Das hatte sich die Bundesregierung im Dritten Nationalen Aktionsplan vorgenommen (Nummerierung gemäß dem NAP):**

#### **6.1 Grundstein für die Verbesserung des Zugangs zu Rechtsinformationen**

Das Bundesministerium der Justiz (BMJ) wird die Vision eines einheitlichen, modernen und nutzerfreundlichen Rechtsinformationsportals entwickeln. Das Portal soll der Allgemeinheit künftig ein deutlich erweitertes Angebot an Rechtsinformationen des Bundes kostenlos digital bereitstellen.

#### **6.2 Verbesserter Zugang zum Gemeinsamen Ministerialblatt**

Das Gemeinsame Ministerialblatt (GMBL) ist das amtliche Publikationsorgan der Bundesregierung und wird vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) herausgegeben. Künftig sollen die Inhalte des GMBL weitgehend gebührenfrei und digital erhältlich sein.

#### **6.3 Transparenz über Genehmigungsverfahren bei großen Infrastrukturvorhaben im Verkehrssektor**

Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) wird eine webbasierte, öffentlich zugängliche Informationsplattform einrichten. Dort sollen Informationen über Planungs- und Genehmigungsverfahren großer Infrastrukturvorhaben des Bundes im Verkehrssektor abgerufen werden können.

#### **6.4 Bereitstellung des Integritätsberichts der Bundesregierung als Open Data und Erweiterung des Berichtswesens um Aspekte der Internen Revision**

Das BMI wird künftig einen einheitlichen Bericht zum Integritätsmanagement in der Bundesverwaltung zur Verfügung stellen und die zugrunde gelegte Datenbasis auch als offene Daten publizieren.

#### **6.5 Weiterentwicklung der Verwaltungsdaten-Informationsplattform (VIP)**

Das BMI wird künftig einen einheitlichen Bericht zum Integritätsmanagement in der Bundesverwaltung zur Verfügung stellen und die zugrunde gelegte Datenbasis auch als offene Daten publizieren.

#### **6.6 Förderung des Wissensaustauschs im Open Data-Umfeld**

Das Kompetenzzentrum Open Data (CCOD) im Bundesverwaltungsamt wird ein verstetigtes Veranstaltungsformat aus Konferenzen und Fachforen aufbauen. Damit soll die koordinierte Bereitstellung von offenen Verwaltungsdaten durch einen intensiven Wissensaustausch zwischen Ministerien, aber auch mit der Wissenschaft, Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und den Ländern gestärkt werden.

## **6.7 Partizipative Entwicklung des nächsten Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung**

Für den nächsten Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) werden neue Verpflichtungen erarbeitet. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) beteiligt im Rahmen eines Konsultationsprozesses die breite Öffentlichkeit, um diese Ideen in die Gremien des BNE-Prozesses einfließen zu lassen.

## **6.8 Verstetigung des Spurenstoffdialogs**

Der Spurenstoffdialog soll im Umweltbundesamt verstetigt werden. Betroffene Stakeholder (beispielsweise Produkthersteller, Landwirtschaft, Umweltverbände, Gewerkschaften, Bundesländer) sollen potentielle Maßnahmen voranbringen, um den Eintrag von Spurenstoffen in unsere Gewässer zu reduzieren. (Zuständiges Ressort: Bundesministerium für Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz - BMUV.)

## **6.9 Nationales Monitoringzentrum zur Biodiversität**

Beim Bundesamt für Naturschutz wurde das nationale Monitoringzentrum zur Biodiversität eingerichtet. Es soll die Monitoringpraxis und Monitoringforschung zusammenbringen, Daten aus bestehenden Monitoringquellen aufbereiten und der Öffentlichkeit bereitstellen, das Datenmanagement weiterentwickeln sowie Monitoring-Akteure vernetzen, befähigen und fördern. (Zuständiges Ressort: BMUV.)

## **Vorhaben der Bundesregierung, an denen Länder beteiligt sind**

### **7.1 Eine Open Source-Plattform der öffentlichen Verwaltung**

Das BMI und die Länder Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen schaffen eine Open-Source-Plattform der Öffentlichen Verwaltung, die auch für Akteure außerhalb der Verwaltung geöffnet werden wird. Diese digitale Plattform soll unter anderem ein Verzeichnis (code repository) für Software-Lösungen und deren Quellcode, die strukturierte Ablage von Softwareprojekten sowie deren Verwaltung und gemeinsame Weiterentwicklung ermöglichen.

### **7.2 Standardbasierte Vereinfachung des Unternehmenszugangs zur öffentlichen Beschaffung**

Das BMI und die Freie Hansestadt Bremen werden einen zentralen nationalen „Datenservice öffentlicher Einkauf“ (bisherige Bezeichnung des geplanten Onlinedienstes: „Bekanntmachungsservice“, kurz: BKMS) für öffentliche Auftragsvergaben einrichten. Dieser neue Datenservice wird insbesondere die Auftrags- und Vergabebekanntmachungen in einem einheitlichen Datenstandard von möglichst allen Bekanntmachungsplattformen entgegennehmen, auf Vollständigkeit und Plausibilität prüfen sowie jederzeit für individualisierbare Recherchen durch Unternehmen oder Bürgerinnen und Bürger bereitstellen, auch als Open Data (OCDS).



## **Eigene Beiträge der Länder zum dritten Nationalen Aktionsplan**

In den 3. NAP konnten wieder Selbstverpflichtungen von zwei Ländern aufgenommen werden. Sowohl über eine Zulieferung von Verpflichtungen als auch über deren Ausgestaltung haben die Länder selbst entschieden. Die Verpflichtungen sind aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht Gegenstand des Beschlusses der Bundesregierung, dem die sonstigen Kapitel des 3. NAP zugrunde liegen. Gleichwohl ist der 3. NAP erst mit diesen Länderbeiträgen im eigentlichen Wortsinn vollständig. Dies gilt für diesen Zwischenbericht gleichermaßen.

### **8.1 Freie und Hansestadt Hamburg:**

#### **Bürgerbeteiligung und Information – Digitalisierung von Verwaltungsleistungen zu Beteiligung und Planwerksbereitstellung im Kontext der räumlichen Planung**

Hamburg wird als sog. Referenzimplementierung Softwareprodukte entwickeln, mit denen Beteiligungsverfahren im Bereich der räumlichen Planung und Planfeststellung bestmöglich digital unterstützt und Planwerke bereitgestellt werden können. Die Softwareprodukte sollen nach dem Prinzip „Einer-für-Alle“ anderen interessierten Ländern und Kommunen später zur Nachnutzung zur Verfügung gestellt werden können.

### **8.2 Nordrhein-Westfalen I:**

#### **Qualität und Quantität der Daten von Unternehmen der Daseinsvorsorge und von Wahldaten erhöhen**

Nordrhein-Westfalen (NRW) wird die technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass auch Daten von Unternehmen der Daseinsvorsorge als Open Data veröffentlicht werden. Darüber hinaus sollen alle Datenbereitsteller des öffentlichen Sektors aus NRW (Unternehmen der Daseinsvorsorge, Kommunen und Behörden des Landes) bei der nutzerfreundlichen Veröffentlichung qualitativ hochwertiger Daten unterstützt werden. Wahldaten sollen standardisiert und Datenbereitsteller für die Qualität ihrer Daten sensibilisiert werden.

### **8.3 Nordrhein-Westfalen II:**

#### **Stärkung der Bürgerbeteiligung durch Online-Partizipation**

NRW wird ein landesweites Beteiligungsportal einführen ([www.beteiligung.nrw.de](http://www.beteiligung.nrw.de)), das in enger Kooperation mit nordrhein-westfälischen Kommunen, Landesbehörden und dem Kooperationspartner Freistaat Sachsen bedarfsgerecht weiterentwickelt wird. Außerdem sollen gemeinsame Leitlinien der Öffentlichkeitsbeteiligung für formelle und informelle Verfahren entwickelt werden, um die Qualität von Beteiligungsverfahren zu verbessern.

## Meilensteine und Monitoring

Das Bundeskanzleramt erfasst bei den für die einzelnen Verpflichtungen zuständigen Ressorts in der Regel quartalsweise den gegenwärtigen Umsetzungsstand.

### Übersicht

Verpflichtung	MS 1	MS 2	MS 3	MS 4	MS 5	MS 6	MS 7	MS 8	MS 9
6.1 (BMJ)	Orange	Orange	Orange	Orange	Hellgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün
6.2 (BMI)	Orange	Hellgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün
6.3 (BMDV)	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün
6.4 (BMI)	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün
6.5 (BMI)	Hellgrün	Hellgrün	Orange	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün
6.6 (BMI)	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Dunkelgrün
6.7 (BMBF)	Dunkelgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün
6.8 (BMUV)	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün
6.9 (BMUV)	Dunkelgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün
7.1 (BMI)	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Orange	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün
7.2 (BMI)	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün
8.1 (HH)	Dunkelgrün	Orange	Orange	Orange	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün
8.2 (NW)	Dunkelgrün	Dunkelgrün	Orange	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün
8.3 (NW)	Hellgrün	Hellgrün	Dunkelgrün	Orange	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün	Hellgrün

Legende: Dunkelgrün (A): Meilenstein umgesetzt / Hellgrün (B): Umsetzung des Meilensteins begonnen oder in Vorbereitung oder teilweise umgesetzt / Orange (C): Terminverzögerung, aber Umsetzung des Meilensteins innerhalb der Laufzeit des 3. NAP nicht gefährdet / Rot (D): Termin kann nicht gehalten werden, Umsetzung des Meilensteins in der Laufzeit des 3. NAP fraglich oder nicht möglich.

Die Fortschrittsdarstellungen beziehen sich ausschließlich auf die im NAP hinterlegten Meilensteine. Vereinzelt bilden Verpflichtungen hier lediglich Phasen mehrjähriger Vorhaben ab.

Derzeit gibt es keine Hinweise darauf, dass sich aufgrund der Corona-Pandemie substantielle Verzögerungen bei der Umsetzung des 3. NAP ergäben, die eine zeitgerechte Realisierung der Verpflichtungen gefährden würden. **XX** von **XX** Meilensteinen sind erreicht, **XX** befinden sich im Zeitplan, nur bei **XX** Meilensteinen sind Verzögerungen eingetreten.

**Der Absatz wird vor der Kabinettsbefassung aktualisiert.**

Einzelheiten zu den jeweiligen Meilensteinen sind im vollständigen Umsetzungsmonitoring unter

<https://www.open-government-deutschland.de/opengov-de/ogp/aktionspläne-und-berichte/3-nap> nachzulesen.

## Ausblick

Im Sommer 2023 ist gemäß dem OGP-Zyklus der Vierte Nationale Aktionsplan (4. NAP) 2023-2025 zu verabschieden. Bereits in diesem Herbst soll mit Information und Vernetzung sowie konzeptionellen Vorarbeiten begonnen werden. Die Bundesregierung hofft, dass sich die Zivilgesellschaft und die Länder aktiv am Prozess für die Erstellung des 4. NAP beteiligen werden.

## Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
BKAmt	Bundeskanzleramt
BKMS	Bekanntmachungsservice
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMDV	Bundesministerium für Digitales und Verkehr
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMUV	Bundesministerium für Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
BNE	Bildung für nachhaltige Entwicklung
CCOD	Kompetenzzentrum Open Data
FDP	Freie Demokratische Partei
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
NAP	Nationaler Aktionsplan
NRW	Nordrhein-Westfalen
OCDS	On chip debug system
OGP	Open Government Partnership
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VIP	Verwaltungsdaten-Informationsplattform

Wird vor der Kabinetttbefassung aktualisiert.